

Öffentliche Sitzung
des Verwaltungsausschusses/Eigenbetriebsausschusses
am Mittwoch, den 17.05.2023
im großen Sitzungssaal des Rathauses

Beginn: 19:45 Uhr

Ende: 21:07 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Oberbürgermeister Richard Arnold

stellv. Vorsitzender

Herr Erster Bürgermeister Christian Baron

CDU

Herr Stadtrat Johannes Barth

Herr Stadtrat Alfred Baumhauer

Frau Stadträtin Dorothea Feuerle

Herr Stadtrat Christian Krieg

Herr Stadtrat Thomas Maihöfer

Herr Stadtrat Paul Schneider

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Stadtrat Gabriel Baum

Herr Stadtrat Thomas Krieg

Frau Stadträtin Gertraude von Streit

SPD

Herr Stadtrat Dr. Uwe Beck

Frau Stadträtin Sigrid Heusel

sozial.ökologisch.links.

Herr Stadtrat Sebastian Fritz

Herr Stadtrat Alexander Relea-Linder

Freie Wähler Frauen Schwäbisch Gmünd

Frau Stadträtin Karin Rauscher

Die Bürgerliste Schwäbisch Gmünd

Frau Stadträtin Brigitte Abele

Ortsvorsteher

Herr Ortsvorsteher Klaus-Peter Funk

Herr Ortsvorsteher Gerd Zischka

Schriftführerin

Frau Melanie Bihlmaier

Verwaltung

Herr Markus Herrmann

Herr Helmut Ott

Abwesend:

stellv. Vorsitzender

Herr Bürgermeister Julius Mihm

CDU

Herr Stadtrat David Sopp

Tagesordnung

=====

- 1** Aufhebung der unechten Teilortswahl zur Kommunalwahl 2024
- 1.1** Aufhebung der unechten Teilortswahl zur Kommunalwahl 2024 - Ergebnis der Vorberatungen in den Ortschaftsräten
- 2** Gmünder Qualifizierungsmodell in der Schulkindbetreuung
- 3** Bekanntgaben
- 4** Anfragen

Oberbürgermeister Arnold begrüßt die Mitglieder, die Presse und die Gäste recht herzlich zur öffentlichen Sitzung.

Er stellt die Beschlussfähigkeit und die ordnungsgemäße Ladung fest.

Es liegen keine Anmerkungen zur Tagesordnung vor.

zu 1 Aufhebung der unechten Teilortswahl zur Kommunalwahl 2024 **Vorlage: 031/2023**

Protokoll:

Herr Ott erläutert den Sachverhalt (siehe Anlage).

Stadtrat Baumhauer/CDU äußert, dass es ein schwieriges Thema sei. Man sei immer für die Beibehaltung der unechten Teilortswahl gewesen. Jetzt sehe die Lage etwas anders aus. Es gebe die rechtlichen Dinge, es gebe aber auch noch einen anderen Aspekt. Oberbürgermeister Arnold sei bei seiner ersten Wahl angetreten mit dem Argument, dass die unechte Teilortswahl Bestand haben müsse. Einiges habe sich geändert. 2004 habe er in seiner ersten Haushaltsrede an das Wir-Gefühl der Stadt appelliert. Man habe sich nicht mit der Stadt identifiziert, dies sei anders geworden, die Stadt sei ein Stück weit zusammengewachsen. Es sei ein langer Zeitraum mittlerweile vergangen. Die Fraktion sei in der Frage unterschiedlicher Auffassung und werde daher unterschiedlich abstimmen. Es gebe starke Befürworter der Beibehaltung, da es die Befürchtung gebe, dass nicht mehr alle Stadtteile im Gemeinderat vertreten seien. Es gebe aber auch Chancen. Das Wahlverhalten werde sich total verändern. Im Zweifel wähle man immer jemanden von der Innenstadt. Dies würden auch die Wahlergebnisse der vergangenen Wahlen bestätigen. Daher gehe er davon aus, dass auch jemand aus einem Teilort mehr Stimmen aus dem Teilort ziehen könne. Man benötige eine Kompensation, daher plädiere man für 48 Sitze, da die Chance für die Teilorte dann erhöht werde. Man benötige außerdem eine Stärkung der Ortschaftsräte und es müsse eine Möglichkeit geben, dass bei Ortsteilen, die nicht im Gemeinderat vertreten seien, die Ortsvorsteher zu den einzelnen Punkten sprechen. Dies müsse sichergestellt sein. Es müsse auch besser werden, dass Themen zunächst in den Ortschaftsräten besprochen werden, bevor sie in den Gemeinderat kommen. Man habe in der Vergangenheit nie gegen ein Votum des Ortschaftsrates gestimmt, daher habe er keine Angst, dass ein Teilort herunterfalle. Er fasst zusammen, dass trotz allem eine Stärkung der Ortschaftsräte stattfinden müsse und man nicht unter 48 Sitze gehen solle.

Stadtrat Baum/Bündnis 90/Die Grünen äußert, dass die unechte Teilortswahl ein lang diskutiertes Thema sei. Es gebe Entwicklungen, diese würden nicht von ungefähr kommen. Die Eingliederungsvereinbarungen seien 48 bis 64 Jahre alt. In der Zeit reife man und entwickle sich und komme zu Erkenntnissen und Bekanntschaften, die vielleicht für das Leben da seien. Dann seien die geschriebenen Dinge nicht mehr so wichtig. Er habe auch den Eindruck, dass die Integration der Ortschaften kein Problem mehr sei. Er sei nicht hier geboren und könne daher nicht auf eine so lange Zeit wie Stadtrat Baumhauer zurückblicken. Für ihn gehöre Schwäbisch Gmünd schon immer zusammen. Es gebe eine Grenze zwischen Nord und Süd, aber dies sei kein

Grund, dass die Teilorte nicht integriert seien. Wenn man auf die Voten der Ortschaftsräte schaue, dann sehe man, dass die Mehrzahl der Ortschaftsräte dies ebenfalls so sehe, dass die unechte Teilortswahl und eine garantierte Sitzzahl nicht mehr notwendig sei, um die Identität eines Teilorts in der Gesamtstadt zu wahren. Wenn man die prozentuale Verteilung anschau, so gebe es eine Überrepräsentanz der Teilorte, einen Aufstand der Innenstadt habe es bisher nicht gegeben. Dass man mit sieben Gruppierungen im Gemeinderat vertreten sei, zeige die Vielfalt. Es seien rechtliche Unsicherheiten da. Es würden sich neue Chancen ergeben. Eine Stärkung der Ortschaften als Kompromiss sei geboten und notwendig, um diese zu stärken. Über das System über die Anhörung nicht vertretener Ortsteile im Gemeinderat müsse man sich noch unterhalten, dies sei noch nicht ausgereift. Es sei bescheiden, wenn man sage, dass man einmal im Jahr gehört werden wolle. Die Ortsvorsteher hätten immer ein Sprachrecht, hierüber müsse man sich noch unterhalten. Eine Übergangsregelung von 48 Sitzen für zehn Jahre sei zu lang, fünf Jahre würden genügen.

Stadträtin Heusel/SPD führt aus, dass die unechte Teilortswahl im Rahmen der Gebietsreform als vertrauensbildende Maßnahme diene. Die Gemeinsamkeiten und Besonderheiten der Ortsteile müsste man weiterhin schätzen und leben. Durch die Abschaffung der unechten Teilortswahl würden die Ortschaften in keiner Weise beschränkt werden. Stattdessen werde man viele Vorteile generieren, da die Obergrenze für die einzelnen Wohnbezirke entfalle. Auch die Begrenzung der Stimmenanteile entfalle. Es gebe keine Ausgleichssitze, die Anzahl der zu wählenden Gemeinderäte sei nachvollziehbar und werde nicht einem zufälligen Ergebnis überlassen. Es werde keine Verzerrung der Wählerstimmen stattfinden. Man könne letztlich eine positive Situation schaffen. Es sei eine Wahlvereinfachung, es werde hoffentlich weniger ungültige Stimmen geben. Es sei an der Zeit, dass man sich intensiv mit der Stärkung der Ortschaftsräte auseinandersetze. Es sei ein guter Zeitpunkt, es zu tun. Die Ortschaftsräte würden befürchten, dass sie ihre Sorgen nicht an entsprechender Stelle vortragen könnten, aber auch hier habe ein Wandel stattgefunden. Wenn man ein Anhörungsrecht für nicht vertretene Ortsteile schaffe, sei das eine gute Sache. Bezüglich des Budgets und der Zuständigkeiten werde man in der Fraktion beraten, es sei aber ein guter Vorschlag. Die Anzahl der Gemeinderäte von 40 auf 48 zu erhöhen, sei eine vertrauensbildende Maßnahme. Man sollte sich aber nochmals darüber unterhalten, ob man es für zwei Wahlperioden mache. Es werde eine mehrheitliche Zustimmung geben. Für die Gesamtstadt entstehe eine Win-Win-Situation.

Stadtrat Relea-Linder/s.ö.l. schließt sich den Vorrednern an. Die Fraktion werde für die Änderung stimmen. Es sei ein sehr guter Kompromiss, der mit den Ortschaftsräten ausgearbeitet worden sei. Das trage man mit. Der Stadtteil Rehnenhof/Wetzgau zeige, dass überproportional viele Vertreter im Gemeinderat seien und dass es nicht mit der Wahlsystematik zusammenhänge. Er sei sich sicher, dass man aus jedem Teilort einen Vertreter im nächsten Gemeinderat haben werde. Die Ortsvorsteher seien auch eine gute Möglichkeit. Interessant sei, dass die CDU-Fraktion unterschiedlich abstimme. Es gebe zwei Gründe für Politikverdrossenheit: Zum einen die Einbehaltung der Fraktionsdisziplin, zum anderen die Größe der politischen Gremien. Man plädiere daher für 48 Sitze für eine Zeit von fünf Jahren.

Stadtrat Baumhauer/CDU betont, dass es in seiner Fraktion keinen Fraktionszwang gebe.

Stadtrat Relea-Linder/s.ö.l. äußert, dass er es nicht so gemeint habe. Er habe allgemein gemeint, dass Fraktionszwang zu Politikverdrossenheit führe. Es sei daher gut, dass es dies in der CDU-Fraktion nicht gebe.

Stadträtin Rauscher/Freie Wähler Frauen führt aus, dass es in der Tat eine historische Abstimmung sei. Es sei ein Wir-Gefühl entstanden. Es gebe viele formelle Argumente, die dazu bewegen würden, die unechte Teilortswahl abzuschaffen. Man habe immer wie die Ortschaftsräte abgestimmt. Es sei an der Zeit, den alten Zopf abzuschneiden. Eine Übergangsfrist von fünf Jahren für 48 Sitze sei ausreichend. Für eventuell nicht vertretene Ortsteile könne man sich eine intensivere Beteiligung vorstellen.

Stadträtin Abele/Die Bürgerliste findet, dass alle Argumente ausgetauscht seien. Herr Brugger habe dargestellt, warum es höchste Zeit sei, die unechte Teilortswahl abzuschaffen. Wenn sie von sich als Bewohnerin von Rehnenhof/Wetzgau ausgehe, so sei man immer „Stadt“ gewesen. Es habe bereits Wahlperioden gegeben, bei denen Rehnenhof/Wetzgau mit sieben Vertretern im Gemeinderat gewesen sei. Es habe daher nicht geschadet, keine unechte Teilortswahl zu haben. Eine Übergangsfrist von zehn Jahren halte sie für sehr lang, man müsse es aber noch in der Fraktion besprechen.

Stadtrat Maihöfer/CDU äußert, dass er ein eigenes Meinungsbild habe und dieses auch vertrete. Es sei verwunderlich, Herr Brugger habe die positiven und negativen Aspekte dargestellt. Relativ schnell sei die Meinung der Stadtverwaltung für die Abschaffung gefallen. Dies sei nicht neutral gewesen. Er habe die Vorlage neutral im Ortschaftsrat im Nachgang zur Präsentation von Herrn Brugger vorberaten. Die Ortsteile hätten ein unterschiedliches Meinungsbild. Er werde dagegen stimmen, da er das, was seine Vorgänger durch die Eingemeindungsverträge abgeschlossen hätten, weiterverfolgen wolle. Vieles davon sei nicht umgesetzt. Zudem werde er auch das Meinungsbild des Ortschaftsrates vertreten. Das Wir-Gefühl sei nicht überall so ausgeprägt. Es sei schwer, Leute zu finden, die sich engagieren möchten, durch die Abschaffung werde dies verstärkt werden. Dies bedeute jedoch nicht, dass er gegen die Stadt sei. Er müsse kämpfen, die Leute bei der Stange zu halten. Er sehe schwerere Zeiten auf die Teilorte zukommen.

Stadtrat Dr. Beck/SPD erkundigt sich, ob die Kommunalwahl rechtssicher bei Beibehaltung der unechten Teilortswahl organisiert werden könne. Außerdem schlägt er vor, die Übergangslösung für fünf Jahre zu beschließen und eine darüberhinausgehende Regelung dem nächsten Gemeinderat zu überlassen.

Herr Ott antwortet, dass der Verwaltungsgerichtshof nicht festgelegt habe, bis zu welcher Grenze eine Überrepräsentation akzeptabel sei. Man habe keine klare Auskunft, dass es beispielsweise bis 20 Prozent in Ordnung sei oder nicht. Man würde versuchen, es rechnerisch bestmöglich auszugleichen und zu begründen. Jedoch müsste man in jedem Fall Weiler und Degenfeld sowie Hussenhofen und Hirschmühle/Burgholz/Zimmern zusammenlegen. Eine rechtliche Unsicherheit würde immer bestehen, dieses Risiko habe der Gemeinderat dann immer.

Oberbürgermeister Arnold betont nochmals, dass man in jedem Fall Änderungen herbeiführen müsse. Diese seien nicht klein. Weiler und Degenfeld zusammenzulegen, sei in der Praxis auch etwas Neues. Die unechte Teilortswahl in der unechten

Teilortswahl, d.h. bei den Ortschaftsratswahlen, aufzuheben, müsse man auf jeden Fall machen, dies würde dann auch abweichen. Man könne es als Verwaltung nie so machen, dass es hundertprozentig gerichtsfest sei. Es brauche klare Rahmenbedingungen. Man müsse erkennen, dass sich Gemeinschaft nicht von oben verorten lasse. Man müsse Foren schaffen, die die gesamte Bürgerschaft der Stadt zusammenbringe.

Herr Ott äußert, dass der Vorschlag von Stadtrat Dr. Beck, dass der Gemeinderat in der nächsten Amtsperiode beschließe, ob von einer weiteren Verlängerung Gebrauch gemacht werde, nach seiner Rechtsauffassung möglich sei.

Stadtrat Thomas Krieg/Bündnis 90/Die Grünen erkundigt sich, was acht Stadträte kosten würden.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass Demokratie teuer sei. Man werde daher keine Aufstellung über die Kosten machen, dies sei nicht die entscheidende Frage.

zu 1.1 Aufhebung der unechten Teilortswahl zur Kommunalwahl 2024 - Ergebnis der Vorberatungen in den Ortschaftsräten
Vorlage: 031/2023/1

Protokoll:

Siehe TOP 1.

zu 2 Gmünder Qualifizierungsmodell in der Schulkindbetreuung
Vorlage: 104/2023

Protokoll:

Erster Bürgermeister Baron führt in den Sachverhalt ein und äußert, dass es eine Stärkung sei.

Frau Bauer präsentiert den Sachverhalt (siehe Anlage).

Stadtrat Christian Krieg/CDU führt aus, dass die Mitarbeiter der Schulkindbetreuung einen wichtigen Beitrag leisten würden. Es sei ein intensiver Bericht im Ortschaftsrat gewesen. Man tue alles dafür, dass es mehr Kinder werden. Man wolle die beste Schulkindbetreuung haben, da Bildung vor der Klammer stehe. Daher stimme man für diese Änderung. Er erkundigt sich, ob nur neu eingestellte Mitarbeiter teilnehmen dürften oder auch Mitarbeiter, die bereits tätig seien. Außerdem möchte er wissen, wie lange es dauere, bis alle davon profitieren würden. Er spricht einen Dank an das

St. Loreto aus. Es sei lobenswert, dass die Zusammenarbeit so gut klappe.

Frau Bauer antwortet, dass man zunächst die Mitarbeiter schule, die bereits länger dabei seien. Der erste Kurs beginne im Februar, man hoffe, der nächste Kurs könne dann im Sommer starten.

Stadtrat Thomas Krieg/Bündnis 90/Die Grünen äußert, dass man das Qualifizierungsmodell in der Grundschule begrüße. Er bedankt sich für das vorausschauende Engagement. Er erkundigt sich, was die Umstellung vom Verwaltungstarif auf den Sozialtarif gekostet habe. Außerdem erschließe sich ihm nicht, warum die Mozartschule eine Leitungsstelle in S 11b und die Friedensschule zwei Stellen in S 11a hätte. Außerdem möchte er wissen, ob durch die Übernahme der Fachkräfte in der Ganztagesbetreuung nicht eine Konkurrenzsituation zu den Kindergärten entstehe.

Frau Bauer antwortet, dass der Wechsel vom Verwaltungs- in den Sozial- und Erziehungstarif teurer gewesen sei. Innerhalb des Tarifs seien die Sprünge zwischen den Entgeltgruppen nicht so hoch. Bei der Friedensschule habe man bereits 2016 die Stellen gewachsen. Bei der Mozartschule sei der Sekundarbereich gewachsen, dieser sei nicht so fest installiert wie an der Friedensschule.

Stadträtin Rauscher/Freie Wähler Frauen findet es wichtig, dass die Betreuung qualitativ sei.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig fassen die Mitglieder nachstehenden

Beschluss:

1. Die Stadt Schwäbisch Gmünd setzt für den Bereich der Schulkindbetreuung das mit St. Loreto aufgestellte Qualifizierungsprogramm um. Die erforderlichen Mittel in Höhe von 32.000 Euro über 2 Jahre werden bereitgestellt.
2. Leitungsstellen werden nach folgendem Schema eingruppiert:
 - S8a: bis zu 40 angemeldete Kinder (insgesamt)
 - S8b: bis zu 70 angemeldete Kinder (insgesamt)
 - S9: bis zu 100 angemeldete Kinder (insgesamt)
 - S11a: bis zu 180 angemeldete Kinder (insgesamt)
 - S11b: ab 181 angemeldete Kinder (insgesamt)

Dies erfolgt außerhalb des Tarifvertrags der hierzu bislang keine Regelungen

im Bereich Schulkindbetreuung abbildet.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 10.2, 40
nachrichtlich an Amt:

zu 3 Bekanntgaben

Protokoll:

Keine.

zu 4 Anfragen

Protokoll:

Keine.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt Oberbürgermeister Arnold die Sitzung.

Für die Richtigkeit!

Den
Oberbürgermeister:

Den
Stadtrat:

Den
Schriftführer:

Den
Stadtrat: